

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Roganast, Halle, für den übrigen Anteil Otto Reiffen, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5. Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Anzeigengebühren: Die Gesp. Koloniale 20 Pfennig, Inzerate v. auswärts 25 Pfennig, im Anhang Blatt 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreissliste Seite 411.

Nr. 162.

Halle, Freitag den 7. Dezember 1917.

1. Jahrgang.

## Schwere Kämpfe bei Cambrai und in Italien

### Kriegserklärung Amerikas gegen Oesterreich.

Washington, 6. Dezember. (Reuter.) Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses hat sich für die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn ausgesprochen.

Rotterdam, 6. Dezember. Wilson erklärte dem Kongress gegenüber, daß die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn hauptsächlich deshalb erfolgt sei, weil es notwendig sein wird, amerikanische Truppen an die italienische Front zu schicken.

Rotterdam, 6. Dezember. Die Neue Freie Presse schreibt über die Entschiedenheit des amerikanischen Senats betreffend den Kriegszustand mit Oesterreich: Die Entente will durchaus nach vielen militärischen und diplomatischen Entlassungen einen Stimmungswechsel haben. Mehr konnte die bisher bezeichnende amerikanische Kriegserklärung für Oesterreich-Ungarn unter den bisherigen Verhältnissen nicht sein.

Washington, 6. Dezember. Der dem Kongress vorgelegte Staatshaushaltsvoranschlag fordert 13 1/2 Milliarden Dollar. Dies ist die größte Vorlage der Geschichte des amerikanischen Kongresses. Ueber 11 Milliarden davon werden für Kriegszwecke verlangt. Der Voranschlag für Meer und Flotte beträgt 6245 Millionen für 1918, 6014 Millionen für 1919, 5800 Millionen für 1920. Der Kongress hat 1138 Millionen verlangt, darunter 640 Millionen für die Luftflotte.

### Wilson über seine Kriegsziele.

Washington, 5. Dezember. Im Kongreß hielt Wilson eine Rede, in der er sagte:

Es ist natürlich unser Ziel, den Krieg zu gewinnen und wir werden unsere Schritte nicht verlagern, noch werden wir uns vom Wege abbringen lassen, bis er gewonnen ist. Es lohnt sich, die Frage zu stellen und zu beantworten: Wann sollen wir den Krieg als gewonnen betrachten? Von einem festgesetzten Punkte aus ist es notwendig, diese Frage von grundlegender Bedeutung aufzurollen. Ich zweifle nicht, daß das amerikanische Volk weiß, um was es sich bei dem Kriege handelt, und welches Ergebnis es als die Verwirklichung seiner Ziele in diesem Kriege betrachtet. Als Nation sind wir uns im Geiste und in unseren Absichten einig. Ich sage wenig auf diejenigen, die mir etwas anderes sagen. Ich höre Stimmen, die anderer Meinung sind. Wer trägt das Recht? Ich höre den Tadel und das Murren der Schreier, der Gedankenlosen und der Unzufriedenen. Ich sehe auch, wie Leute hier und da über den Frieden reden, die weder etwas von seinen Grundlagen, noch von den Mitteln verstehen, durch die wir ihn mit aufrechtstem Willen und ungebrochenem Geiste erreichen können, der ich weiß, daß keiner von ihnen im Namen der Nation spricht. Sie können niemand das Recht zu erheben, ab sein Ziel das untreue ist. Es wünscht den Frieden zu erlangen durch Ueberwindung des Uebels, indem ein für allemal die finsternen Mächte geschlagen werden, die den Frieden unterbrochen haben und ihn unmöglich machen, und es wünscht zu wissen, wie eng ihre Gedanken mit den Unken verbunden sind und was wir zu tun beschließen. Es ist unmöglich, tief einzutreten unmöglich gegen jene Leute, die den Frieden durch eine Art Kompromiß zu erlangen wünschen, aber es wird denselben Unwillen gegen uns nützen, wenn wir ihm nicht klar machen, was unsre Ziele sind, und was wir planen, indem wir den Frieden durch die Waffen zu erobern suchen.

Ich glaube, ich spreche für das Volk, und ich sage weiter: Ich glaube, daß viele unerwartete Ereignisse, deren höchstes Geheiß die Herren Deutschlands sind, diese Bedrohung durch den Krieg, verbunden mit Stärke, als welche wir die deutsche Macht jetzt so deutlich sehen, ohne Gewissen, Ehre oder Eignung für einen mit Vertrag geschlossenen Frieden, zu Boden geschlagen und nicht völlig aus der Welt geschafft, zu Boden von dem feindlichen Versteher zwischen den Völkern ausgeschlossen werden muß. Ich weiß, daß, wenn diese Ereignisse und ihre Macht wirklich siegt, und die Zeit kommt, wo wir über den Frieden verhandeln können, was das deutsche Volk sprechen haben wird, werden Wort wir trennen können, und wenn diese Sprecher bereit werden, namens ihres Volkes ein allgemeines Urteil der Nationen darüber anzunehmen, was künftig Grundbedingung für Frieden und Herrschaft über den Boden der Welt sein soll, daß wir dann nicht willig und froh sein werden, den vollen Preis für den Frieden zu zahlen, und dies ohne Mühen. Wir wissen, welches dieser Preis sein wird: es wird die volle unparteiische Gerechtigkeit sein, die wir in jeder Beziehung und für jedes Volk. Dieses höchste Uebereinstimmen müssen unsere Feinde ebenso gut wie unsere Freunde abschließen.

### Angstliche Abreise zu den Kriegsziele.

Rotterdam, 5. Dezember. Nach Neuem Courant schreibt Wilson in den Daily News, die Führer der liberalen Partei hätten sich gestern im Unterhause versammelt, die durch Danabomben

Beif entstanden Lage beschreiben, den Geist des Briefes allgemein gebilligt und zugegeben, daß es wünschenswert wäre, die Kriegsziele der Alliierten und die Bedingungen für eine Beendigung des Krieges bestimmt auszusprechen.

### Zu den Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 7. Dezember. Zu den Waffenstillstandsverhandlungen bringt der Lokalanzeiger aus Petersburg folgende Mitteilung: In den Regierungsgebäuden und im Smotnyinstitut verläutet, daß die Deutschen nicht so leicht mit sich verbänden lassen, wie man erwartet hatte. Eins ist klar und ganz klar ist die Ansicht, daß der Krieg nur um jeden Preis eingestellt werden. Selbst das Organ der sozial-revolutionären Partei (Gegner der Bolschewiki) schreibt in diesem Sinne.

Nach der Deutschen Tageszeitung meldet die Petersburger Pravda: Am Montag teilte Trotski dem Arbeiter- und Soldatenrat mit, daß der Waffenstillstand würden sofort allgemeine Friedensverhandlungen ausgenommen werden; ihr Beginn sei noch in diesem Monat zu erwarten.

London, 6. Dezember. (Reuter.) Daily Mail meldet aus Petersburg vom 4. Dezember: Die Verhandlungen für den Waffenstillstand sind im Gange, nur die Frage des Waffenstillstands zu besprechen und die Friedensverhandlungen einer europäischen Konferenz zu überlassen.

Bern, 6. Dezember. Der russische Mitarbeiter des Bund berichtet: Petersburger Briefe melden über große Fundgebungen, die aus Anlaß der Waffenstillstandsverhandlungen in Petersburg veranstaltet wurden. Dem Petersburger Dien zufolge soll der Kiewski-Projekt in „Friedens-Projekt“ umgenannt werden.

### Die Heeresleitung beim Reichskanzler.

Berlin, 6. Dezember. Zur Vorbereitung mit dem Reichskanzler sind Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Reichs-Generalquartiermeister General v. Lindenborff in Berlin eingetroffen. — Wie die Frankfurter Zeitung mitteilt, nimmt an den Waffenstillstandsverhandlungen im Osten als Vertreter des Auswärtigen Amtes Chef Negationsrat v. Rosenberga teil. Geheimrat v. Mohrenberg ist im Auswärtigen Amt der Delegation für die Balkanstaaten und die Türkei.

### Neues zur Weltlage.

Wien, 6. Dezember. Die Abgeordneten Schuerff, Langenhan und Genossen trachten im Abgeordnetenhaus eine von 90 deutschnationalen Abgeordneten unterzeichnete Anfrage an den Ministerpräsidenten und den Minister für die Landesverteidigung über das Verhalten der Tschechen im Weltkriege ein. Die Anfrage enthält das gesamte über die Frage gesammelte Material.

Christiania, 6. Dezember. Heute findet hier eine Vorberatung norddeutscher, schwedischer und dänischer Delegierter unter dem Vorsitz der Storting-Präsidenten Mowinckel zu einer nordischen interparlamentarischen Konferenz statt, die vermutlich in Kopenhagen zusammenzutreten wird und die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der drei nordischen Länder bei und nach Kriegsende erörtern soll.

Amsterd., 6. Dezember. Reuter meldet aus Petersburg vom 1. Dezember: Trotski kündigte an, daß von den von der Front zurückgeführten Soldaten gestattet wird, ihre Waffen zu behalten, zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen gegen die Bourgeoisie.

Kopenhagen, 6. Dezember. Der russische Kommandant von Lornea geriet am Montag abend mit einigen russischen Kommissaren und Matrosen der Garnison in Streit. Da der Kommandant auf einige von letzteren gestellte Forderungen nicht eingehen wollte, wurde der Streit immer ernster. Ein Matrose erklärte im Verlaufe des Streites, daß der Kommandant Dienstadt nicht mehr den Sonnenaufgang erleben würde. Der Kommandant erwiderte, er habe vor dem Feinde gekämpft und sei dreimal verwundet worden, nun wolle er nicht von der Hand der eigenen Handeule fallen. Darauf zog er einen Revolver und erschoss sich.

Kopenhagen, 6. Dezember. Der estländische Landtag beschloß die Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung, die die Bildung eines selbständigen Staates Estland beschließen sollen soll. Gleichzeitig beschloß der Landtag, daß die höchste Macht zurzeit in seinen Händen liege. Er erließ einen Aufruf an alle estnischen Soldaten, in welchem er die ernste Lage des Landes schildert und die Soldaten auffordert, in die Heimat zurückzukehren und sich dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen.

### Vom Kampf mit „geistigen“ Waffen.

S. A. R. Der Kampf gegen die preussische Wahlrechtsvorlage ist auf der ganzen Linie der Wahlrechtsgegner entbrannt. Man erörtert in der Presse, wie Freiherr von Jellisch, fast rechnend, die parlamentarischen Möglichkeiten, das Reformwerk zu Fall zu bringen, man schimpft, man führt auch geistige Kämpfe und sucht mit Gründen zu überzeugen. Und mit was für welchen! Da sagt in der Kreuzzeitung ein Herr Ulrich Schürstiedt, daß die Begründung, die die Regierung dem gleichen Wahlrecht gegeben habe, nur Verlegenheitsausreden, aber keine Begründung find. Logisch wäre es, wenn die Regierung gelang hätte: Das Opfer des Lebens zu bringen, wäre ihr alle gleichmäßig bereit, deshalb auf einem Gebiete auch Gleichheit der Rechte: auf dem des Zivil- und Staatsrechtes; der Staat schütze allen gleichmäßig Leben und Eigentum; das Opfer der Steuern aber bringen nur werlegenheitsausreden; was die Ungleichheit und Abstraktion auf dem Gebiete der politischen Macht. Die Gleichheit von Leben und Eigentum ist für den Alltag das ungeliebte Maßstab; damit wird also der Masse für das eine Opfer, das sie gebracht, vollkommen ihr Recht. — Werktu du was, Prolete, der Staat schütze dein Eigentum! Für dein eines Opfer! Wir wollen uns nicht erziehen, daß die Preussische, die der Staat schütze, ungleich schwerer wiegt als die Steuer der Reichs: Wir wollen dem Argument des Herrn Schürstiedt ein paar Worte des fürchten Wisnart entgegenbringen: „Wir können es dem Ausgeschlossenen gegenüber doch wirklich schwerer motivieren, daß er deshalb, weil er nicht dieselbe Steuerquote wie sein Nachbar zahlt — und er würde sie gern bezahlen, denn sie bedingt ein größeres Vermögen, das hat er aber nicht — er grade Geld und politisch ist in diesem Staatswesen sein solle.“ Er würde höhere Steuern gern bezahlen, denn sie bedingen ein größeres Vermögen, das hat er aber nicht! — mit diesen Worten bittigen Schöns ist ein Standpunkt, wie der des Herrn Schürstiedt gegenüber. Er will aus dem befristeten Zustand der unrichtigen Jurisdiktion des Armen nur auch das Recht zu ihrer politischen Jurisdiktion bereiten.

Wie dieser Herr dann aber das gleiche Wahlrecht bekennt mit dem Hinweis auf die mangelnde politische Reife der Massen, das muß man wörtlich nehmen.

„Ich habe als Soldat . . . in monatelangem geblühendem Tode gefochtet und überall, bei Meindlingen, Schleifern und Wagnern, das Ergebnis gemessen, daß etwa 8 bis 10 v. H. nicht wählten, die der heilige Kaiser heißt, man kauft sich Leut. — Ich lasse meinen Schuldenstand, weil zu wünschen übrig, in Preußen vornehmlich durch die Schuld der Konterabiten; aber so schlecht wie Herr Schürstiedt wollen wir sie doch nicht machen. S. A. R., daß im Frühjahr und Frühommer 1915 noch etwa 5 v. H. nicht wählten, mit welchen Staaten wir eigentlich im Kriege sind — von Japan Stellung wählten etwa 30 v. H. nichts — ich habe in fast jeder Angelegenheit eine Entsch. der gläubigen gegen Napoleon im Jahre zu sehen. Umso 60 v. H. wählten nicht, wie der Chef des großen Generalstabs damals hieß, etwa 10 v. H. ahnten nicht, ob die Starbarden auf dem weltlichen oder städtischen Schaulplatz liegen“ usw.

Niemand wird als Feinden politischer Reife verlangen, daß man ein Gewissen gerät in Geographie bekann haben müßte oder in Staatsgeschichte, aber ich möchte das Symptom der Intelligenzlosigkeit nicht verschweigen: es läßt auf die politische Reife schließen. Der Arbeiter müßte über Gewerbesteuern, der Bauer über Jagdrecht und Weidrecht, aber das ist keine politische Reife. . . Die vorbandenen Fähigkeiten kann der einfache Mann nutzbringend und erschöpfend anwenden, wenn er zum Gewerbesteuergesetz oder in der Gemeindeverwaltung die Jagd verhandelt hat. Aber bei den Wahlen zum Landtag handelt es sich um mehr.

So, jetzt wissen wir, was politische Reife ist. Herr Dr. Schürstiedt hat wenigstens einen namhaft gemacht, bei dem wir in Besamut erlernten vor lo viel Reife. Wir haben ja schon immer gesagt, daß man einen akademischen Grad besitzen und ein politisches sein sein kann.

Dieselbe Reier, nur in einer anderen Tonart spielt Herr Franz Wodakingsch in der Deutschen Tageszeitung. Hier ein paar Blüthen:

„Hat der Herr das gleiche gesagt wie der Feldherr, der Schreibtische wie der hohe Revolutionsbeamte, der Kolonialreife wie der Leiter eines großen Eisenwerkes?“

Grade weil das preussische Volk sich in dem Vorkampfe leistungsfähiger hat brinnen und draußen, ist es ein Unrecht, ihm das gleiche Wahlrecht zu geben. Die Regierung will es nicht als eine Belohnung betrachtet sehen. Es würde auch in der Tat ein schlechter Lohn. Das Volk, das so hart um sein und des Staats Reife genommen und gebildet hat, hat Anspruch darauf, geistliche Zustände erhalten zu sehen, die es ihm ermöglichen, auf sicheren Grunde neues, hartes, glückliches Leben aufzubauen. Statt dessen will eine weisse Regierung es in wilde innerpolitische Kämpfe führen, zur Freude unserer Feinde, gleich auch zu ganz besondere Genugung der Herren Wilson. Das ist hart für die noch jahrelangen Lebensjahre Kampf heimstrebenden Arbeiter, denen es unendlich zu gönnen wäre, daß sie nun unter friedlichen Verhältnissen ihrer Arbeit nachgehen können. . . Welch unser Volk von dem Kriege die politische Reife, die die Regierung ihm nachträgt.

So hätte der nach gleichem Maßstabe gefällige Vergleich ein andres Aussehen. ... Dem auf dem Dreifaltigkeitstisch beruhenden Abgeordnetenhaus wird jedoch das Bedürfnis empfunden, dass es in langen Besessenen den Besessenen nicht voll gerecht geworden. ... Das sind nicht Witze; — das ist konstatativ! Eine Antwort auf sie was?

Fr fragt, wofür wir uns gelagert? — Nicht für euch, das könnt ihr euch selber geben. Die ihr uns Licht und Freiheit genommen und uns eud nicht in die Dunkelheit verkommen. ... Das für haben wir uns gelagert! — Das für haben wir uns gelagert!

### Der Krieg im Westen.

In Flandern nahm am 5. Dezember das Feuer gegen Mittag von Dantaries bis südlich Ipern erheblich an Stärke zu. ... In den Aargonnen kam noch heftigerer feindlicher Feuer ein französisches Unternehmen in unserer Artilleriewirkung nicht zur Durchführung.

Zu den Ereignissen bei Cambrai



Stückartig mit der schweren Artillerie der Engländer bei Cambrai werden aus erfolglosen Kämpfen an den Meclita-Höhen mehr 11000 Gefangene und 80 erbeutete Geschütze gemeldet. ... Nach dem blutigen Scheitern der 16 großen Flandernschlachten, die nach englischen Eingehändnis der Eroberung der belgischen U-Boot-Basis gaben, in denen die englischen Flotten dieses Gebietes geopfert wurden, wollten die Engländer mit ihrer Offensive auf Cambrai noch einmal versuchen, die Entscheidung zu ihren Gunsten herbeizuführen. ... Der Krieg zur See.

### Der Krieg zur See.

Berlin, 6. Dezember. (Kustlitz.) Im Sperrgebiet von England zwischen dem englischen U-Boot-Netzwerk 13000 T.K.Z. verkehrt. Unter den vernichteten Schiffen befinden sich zwei große bedeckte Dampfer, von denen einer schwer beladen war, sowie das englische Hilfsfahrzeug „Pommer“. ... Der Chef des Admiralsstabes der Marine. London, 4. Dezember. (Kreuzer.) Daily Graphic meldet, daß der Postdampfer Appa versenkt worden ist. ... Der Dampfer „Jeanne Bonjean“ ist gesunken, wobei vierzehn Personen ertranken. ... Berlin, 6. Dezember. Der aus dem Mittelmeer jetzt einlaufende Bericht des Oberleutnants zur See Weilandt über den unter dem 21. November gemeldeten schändlichen Angriff auf die vor Gago gegen den rechten Landrücken unferen turlischen

Bundesgenossen in Palästina eingeleiteten englischen Seestreitkräfte gibt interessante Einzelheiten über diese glänzende Tat wieder und bildet einen neuen Beweis für den ruhigen Geist, von dem die U-Boots-Befehlungen bezeugt sind. ... Der Bund der Kriegsschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat an das preussische Abgeordnetenhaus eine Eingabe gerichtet, in der folgende Forderungen aufgestellt werden: 1. Dem vorliegenden Wahlrechtsentwurf der preussischen Regierung seine Zustimmung zu erteilen, soweit dieser der Bestätigung des gleichen Wahlrechts vorliegt, und jeden Vorschlag eines abgestuften Wahlrechts abzulehnen. 2. Dagegen den Bestimmungen des Entwurfs seine Zustimmung zu verweigern, durch die das Wahlalter von 24 auf 25 Jahre erhöht wird, die Wahlberechtigung an die Bedingung dreißigjähriger Staatsangehörigkeit und einjähriger Aufenthalt an Wahlort anknüpft wird, statt dessen vielmehr das jetzige Wahlalter erheblich herabzusetzen. 3. Besondere Bestimmungen in den Gesetzentwurf einzufügen, durch die hiesigen und inaktiven Personen die Ausübung des Wahlrechts gesichert wird.

### Politische Uebersicht.

#### Rundschau zur Wahlrechtsvorlage.

Der Bund der Kriegsschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat an das preussische Abgeordnetenhaus eine Eingabe gerichtet, in der folgende Forderungen aufgestellt werden:

1. Dem vorliegenden Wahlrechtsentwurf der preussischen Regierung seine Zustimmung zu erteilen, soweit dieser der Bestätigung des gleichen Wahlrechts vorliegt, und jeden Vorschlag eines abgestuften Wahlrechts abzulehnen. 2. Dagegen den Bestimmungen des Entwurfs seine Zustimmung zu verweigern, durch die das Wahlalter von 24 auf 25 Jahre erhöht wird, die Wahlberechtigung an die Bedingung dreißigjähriger Staatsangehörigkeit und einjähriger Aufenthalt an Wahlort anknüpft wird, statt dessen vielmehr das jetzige Wahlalter erheblich herabzusetzen. 3. Besondere Bestimmungen in den Gesetzentwurf einzufügen, durch die hiesigen und inaktiven Personen die Ausübung des Wahlrechts gesichert wird. Dieser Eingabe ist eine nähere Begründung angefügt, in der u. a. in der vom Gesetzentwurf geforderten Bedingung einer dreißigjährigen Staatsangehörigkeit eine besondere Härte gegen die Kriegsteilnehmer gesehen wird, daß durch sie ein großer Zahlraum von Kriegsteilnehmern die ihnen gebührende Wahlberechtigung wieder verlieren werden. Ueber die verschiedenen Forderungen des Bundestages schreiben die Münchener Konventionen: Der Reichstag hat gegen den süddeutschen Kanzler und die süddeutschen Staatssekretäre eine Besetzung veranlaßt, wird an seiner eigenen Verantwortlichkeit scheitern und von besonnenen Preußen gegen die schärfste Verurteilung werden, denn er zeigt, daß die angeblichen Verfechter der höchsten nationalen Einheit auch vor verwerflichen Mitteln nicht zurückbleiben, wenn es die Ehre ihrer Vaterland ist. Die Kampfesweise, die nun zu dem Gegenstand der Verhandlungen auch noch den Zwist der Volkstimme mitten im Kriege zu entfesseln trachtet, wird sich leicht richten und Graf Hertling draußig sich vor ihr wirklich nicht zu fürchten.

Der „Bund der Kaisertruppen“. Die Vaterlandspartei darf sich bekanntlich statutenmäßig nicht mit innerer Politik beschäftigen. Sie hat das zwar gelegentlich unter der Hand zu tun versucht, ist aber dabei etappiert worden, und das war peinlich. So ist man denn auf die Idee gekommen, nach der Art von Bantzen, die bestimmte Geschäfte machen wollen, aber selber doch nicht können, eine Tagesgesellschaft ins Leben zu rufen. Diese soll das innerpolitische Geschehen zur Vaterlandspartei bilden und den Namen führen: „Bund der Kaisertruppen“. Genau nach dem Muster der Königsberger Gründung ist auch hier wieder ein Herzog als Gönner in Aussicht genommen, diesmal ist es der Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha.

Wahlrechtsanträge in der badischen II. Kammer. In der badischen II. Kammer stellte nach einer Redewort der Hofl. Ztg. aus Karlsruhe die fortschrittliche Volkspartei verschiedene Anträge, die die Einführung der Verhältniswahl zur II. Kammer, die direkte Wahl des Bürgermeisters, die Einführung der Frauenwahlrechte für Staat, Gemeinde und öffentliche Berufsvertretungen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Beihmittel und erheblich stärkere Besteuerung der Kriegsgewinne forderten. Die Volkspartei wird hierbei von den meisten andern Parteien unterstützt.

### Naumburg. Öffentliche Volksversammlung im Ratskeller.

### Der Wahlrechtsdebatte zweiter Tag.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Donnerstag die erste Sitzung der Wahlrechtsdebatte fort. Der national-liberale Abgeordnete Dr. v. Hahn a. n. gab der Ansicht Ausdruck, daß, wenn die Regierung schon früher die Führung im Wahlrechtskampf übernommen hätte, die Schwierigkeiten heute geringer sein würden. Die Schuld liege aber nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei denjenigen Parteien und Personen, welche die Reformen verhindert hätten, vor allem bei den konservativen. Ueber die Stellung seiner Freunde könne er sich noch nicht endgültig äußern. Dem Willen der neuen Zeit würde sich niemand entziehen. Einige seiner Freunde seien unter der Wirkung des Krieges für das gleiche Wahlrecht gewonnen worden; aber auch sie müßten sich Eitelkeiten dagegen, daß die gebildeten und besitzenden Schichten nicht einmütig von den Massen erdrückt werden. Die große Mehrheit seiner Freunde habe jedoch schwere Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht. Abg. Ströbel (U. Soz.), der nach Kobmann zu Wort kam, übte gleichfalls Kritik an der Vorlage, wobei er allerdings von weitlich andern Gesichtspunkten ausging. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Vorlage nur Fiktion sei, sie sei Schein- und Stagenlogik. Die Regierung sei auf halbem Wege stehen geblieben. Eine wirkliche Reform

komme er sich gegen die Vorlage nicht erziehen. Ganz besonders merke er sich gegen die Äußerungen auf Reformierung des Gerichtenwesens, dessen völlige Beibehaltung er verlangte und gegen die Erweiterung der Wahlberechtigung des Saales. Den größten Teil seiner fast zweistündigen Rede füllte eine Beschreibung der Kriegsziele aus, wie sie sich die unabhängige Sozialdemokratie geleht hat. Ströbel gab sich hierbei einen Ordnungsruf zu und wurde auch sonst wiederholt von förmlicher Entrüstung auf der Redebühne unterbrochen.

Nach Ströbel griff der Abgeordnete Dr. Friedberg in die Debatte ein. Seine Rede war darauf beschränkt, sowohl den Widerstand der Konservativen, als auch der National-liberalen und des Jentrums gegen ein gleiches Wahlrecht zu brechen. Man muß zugeben, daß er sich als langjähriger Parlamentarier in recht geschickter Weise seiner Aufgabe unterzog. Er bemühte sich, die dem gleichen Wahlrecht abzuholen und für ein Bureauwahlrecht schwärmenden Parteien mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, indem er ihnen die Gründe vorlegte, die sie selbst gegen ein Bureauwahlrecht ins Feld geführt haben. Den größten Triumph bezieht er sich bei zuletzt vor, als er auf den Druck hinwies, den die Wähler auf die Reichstagsabgeordneten ausübten würden und die Gefahr schäuferte, die für die bürgerlichen Parteien daraus erwachsen würde, wenn infolge Ablehnung des gleichen Wahlrechts die Sozialdemokratie im Reichstagsparlament die Mehrheit bilden würde. Abg. Ströbel, der sich besonders scharf gegen jedes Eingreifen in die inneren Angelegenheiten Preußens, und Abg. S. a. b. (Vole) trat, wie es die Polen von jeher getan haben, für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ein. Hierauf wurde die Debatte auf Freitag vertagt.

### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 6. Dezember.

102. Sitzung, Donnerstag, 6. Dezember, vormittags 11 Uhr. Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Bergl, Drews, o. Ehrenpaul, Roth, Spain u. A.

Die erste Sitzung der Beratungssitzungen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Kobmann (Natf.) Der Reichstag steht fest auf dem Boden einer ganz bestimmten Grund- und Weltanschauung, so daß er von uns nicht im voraus eine Vertrauensentziehung erwarten kann. Zur Lösung der inneren Angelegenheiten, unserer inneren Angelegenheiten, unserer äußeren Frieden überzuführen, wünschen wir dem Reichstag aus tiefstem Herzen vollen Erfolg. (Lebh. Beifall.) Den preussischen Ministerpräsidenten werden wir mit freundschaftlicher Beachtung in seiner Tätigkeit verfolgen. (Lebh. Heiter.) Hätte doch eine weise Regierung uns früher diese Vorlage gebracht und sie durchgeführt! Es ist fraglich, ob die jetzige Regierung es mit den Parteien leichter haben wird. Aber, das ist die Schuld, daß der Wahlrecht nicht schon früher reformiert wurde, liegt nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei denjenigen Parteien und Personen, welche die Wahlreform verhindert haben. Die Äußerungen des Herrn v. Heyden über die Wahlreform sind immer unentbehrlich geworden. (Hört, hört und Zustimmung.) Gegenüber dem starken Ansturm der Sozialdemokratie im Reich hätte die Konservativen einen eben maßvollereren Widerstand geleistet, wenn sie sich nicht so sehr für die Wahlreform eingesetzt hätten. (Lebh. Beifall.) Die Reform ist eine unauflösliche Reform hinausgeschoben, desto radikaler wird sie. Welche Stellung meine Partei zu den Vorlagen einnehmen wird, kann ich noch nicht sagen. Unter der Wirkung des Krieges sind einige meiner Freunde für das gleiche Wahlrecht gewonnen worden, auch sie wünschen jedoch die Entscheidung gegen, daß die gebildeten und besitzenden Schichten nicht einmütig von den Massen erdrückt werden. (Lebh. Beifall.) Die große Mehrheit meiner Fraktion hat sich jedoch gegen das gleiche Wahlrecht ausgesprochen. (Hört, hört.) Die Regierung muß sich mit allen Mitteln für die Einführung des allgemeinen, direkten, gleiches, freien, geheimes Wahlrecht einsetzen, etwas anderes ist es, was wir daran gebunden sind. Im Gegenfall zur Reden finde ich die Begründung der jetzigen Vorlage geradezu erbebend. Aber wir haben große Bedenken, ob als Parteien zu folgen können. (Lebh. Beifall.) Die politische Interessensgruppe vor Wählern (Zuruf links: Reichstagswahlrecht abgelehnt) Der Sprung vom Kaiser zum gleichen Wahlrecht ist zu groß. Wir sind für Verwirklichung aller drei Vorlagen an einer Ausschuss. (Lebh. Beifall rechts u. d. Natf.)

Abg. Ströbel (U. Soz.). Die Rede des Abg. Kobmann hat zu bewirken, daß auf die National-liberalen bei dem gleichen Wahlrecht man rechnen kann, national-liberale Reichstagsfraktion ist für die Reform. Die national-liberale Bundesfraktion hält sich aber an das Königstümmler nicht gebunden. Herr Kobmann sagte, wir haben Vertrauen zu dem Volk in den Schicksalgraben und in der Heimat, das alle Opfer entgegen hat. Man sollte glauben, daß er fortgesetzt wäre: also treten wir für das gleiche Wahlrecht ein. Aber kein Vertrauen zum Volke scheint nur in dem Vertrauen zu bestehen, daß sich das Volk auch in Zukunft in die Schicksalgraben lassen wird, ohne zu wissen, daß es sich in die Schicksalgraben lassen wird. (Lebh. Beifall.) Die Regierung hat sich für die Reform ausgesprochen, aber die Reform ist eine unauflösliche Reform hinausgeschoben, desto radikaler wird sie. Welche Stellung meine Partei zu den Vorlagen einnehmen wird, kann ich noch nicht sagen. Unter der Wirkung des Krieges sind einige meiner Freunde für das gleiche Wahlrecht gewonnen worden, auch sie wünschen jedoch die Entscheidung gegen, daß die gebildeten und besitzenden Schichten nicht einmütig von den Massen erdrückt werden. (Lebh. Beifall.) Die große Mehrheit meiner Fraktion hat sich jedoch gegen das gleiche Wahlrecht ausgesprochen. (Hört, hört.) Die Regierung muß sich mit allen Mitteln für die Einführung des allgemeinen, direkten, gleiches, freien, geheimes Wahlrecht einsetzen, etwas anderes ist es, was wir daran gebunden sind. Im Gegenfall zur Reden finde ich die Begründung der jetzigen Vorlage geradezu erbebend. Aber wir haben große Bedenken, ob als Parteien zu folgen können. (Lebh. Beifall.) Die politische Interessensgruppe vor Wählern (Zuruf links: Reichstagswahlrecht abgelehnt) Der Sprung vom Kaiser zum gleichen Wahlrecht ist zu groß. Wir sind für Verwirklichung aller drei Vorlagen an einer Ausschuss. (Lebh. Beifall rechts u. d. Natf.)





# Halle und Saalkreis.

Halle, 7. Dezember 1917.

## Weitere Einschränkung der Kohlenlieferung.

Nach neuerer Anordnung des Reichsstaatsministers für die Kohlenverteilung in Berlin ist es nicht möglich, die den Haushaltungen im Mai d. J. zugewiesenen Kohlenmengen zu liefern. Vielmehr macht sich eine ganz erhebliche Einschränkung der Menge erforderlich, von der aber nicht nur die Haushaltungen, sondern auch die Behörden, Anstalten, Geschäfte usw. betroffen werden. Hierzu erläßt die Distriktsstelle unter dem 6. Dezember folgende Verordnung:

1. Vom Zeitpunkt der Wirksamkeit dieser Verordnung dürfen bis auf weiteres an einen Haushalt nicht mehr als 10 Zentner Kohle irgendwelcher Art geliefert werden.
2. Solange ein Haushalt Kohlenvorräte von mehr als 10 Zentner besitzt, ist ihm der weitere Ankauf von Kohle verboten.
3. Die Abgabe der Brennstoffe durch die Kohlenhändler, Kohlenbezugsvereinigungen, Gasanstalten usw. darf nur auf Grund eines Beschlusses der Distriktsstelle ausgestellt werden. Ein Beschlusses erfolgt. Somit die früher ausgestellten Bezugsscheine sind bereits in der Distriktsstelle beizugeben, werden diese mit einem entsprechenden Vermerk versehen an die Kohlenhändler zurückgegeben. Alle übrigen Kohlenbezugscheine, die einen besonderen Genehmigungsvermerk nicht tragen, sind von den Kohlenhändlern sofort an die Distriktsstelle zurückzugeben. Die auf solche Scheine bereits gelieferte Menge ist nachher auf den Scheinen einzutragen.
4. Die Zusammenführung von zu beliefernden Scheinen an die Kohlenhändler, Bezugsvereinigungen, Gasanstalten usw. erfolgt ohne weiteres. Die Scheine sind nicht bei der Distriktsstelle abzugeben.
5. Die Verordnung vom 26. November d. J., wonach auf die grünen Kohlenarten mit den Nummern 21-40 beim Einkauf eine Kohlenmenge bis zu einem Zentner wöchentlich als Voraussetzung zu gelten, bleibt in Wirksamkeit.
6. Bei den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 6 Monaten oder mit Gefängnis bis zu 1 Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft.
7. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Wirksamkeit.

Weiterhin ist die Verringerung des Kohlenverbrauchs, die mit der Bekanntmachung vom 25. Oktober d. J. durch den früheren Lebensmittelfach in den Handels- und Gewerbebetrieben, bei den Behörden, öffentlichen und privaten Anstalten, Geschäftshäusern usw. angestrebt wurde, leider bisher von geringem Erfolg gewesen. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß bei weiterer Nichtbeachtung der Verordnung und der darin angegebenen Anordnungen zur Ersparrung von Kohlen nicht nur strengere Maßnahmen getroffen und die Weiterbetrieblungen mit Kohle eingestellt werden, sondern daß die Zuwiderhandlungen außerdem auch Strafe zu genügen haben.

- \* Die Halle-Getriebener Eisenbahn, von deren Betriebsverhältnissen wir gestern schon berichteten, veröffentlicht einen neuen, bis auf weiteres gültigen Fahrplan, allerdings ohne Gewähr für Annullierung. Er sieht zwei durchgehende Züge ab Halle nach 9 Uhr bis Berlin vor, wo sie 11:28 und 4:38 anlangen, außerdem früh bis Halle 4:35 und 5:35, mittags ab Halle 1, 5:40 und 6:40 Züge bis Dolau und einen Zug ab Halle 7:30 abends bis Halle. Außerdem verkehrt früh 8:18 ein Zug ab Gerbicht bis Gerbicht. In umgekehrter Richtung fahren zwei durchgehende Züge ab Gerbicht 5:20 früh und 5:30 nachmittags, die in Halle 7:22 und 8:17 eintreffen; ferner ein Zug ab Gerbicht 12 Uhr mittags nach Gerbicht und außerdem Züge ab Dolau 6:30 und 6 Uhr früh, 1:20 mittags, 6 und 7 Uhr abends; dazu kommt noch ein Zug ab Dolau 2:28 nachmittags. Die durchgehenden Züge ab 2 Uhr Halle und ab 5:30 nachmittags Gerbicht sind

Güterzüge mit Personenbeförderung. Zwischen Gerbicht und Friedeburg verkehrt in jeder Richtung je ein Zug, nämlich ab Gerbicht 12:50 und ab Friedeburg 1:50 mittags.  
\* Der städtische Bauausfuß benötigt für die Herstellung eines Pfälzerverweges im Viehof 3575 M. Für Materialien in der Schloßeritzschen-Schule werden 1000 M. nachgewilligt. Ein Besuch der Baufirma Geze und Richter um Nachbewilligung von etwa 1900 Mark für Arbeiten an der Scheune in Gimritz lehnte der Bauausfuß ab.  
\* In der städtischen Verkaufsstelle der Tafelschule werden kleine Kartons zum Preise von 5 Pf. das Stück abgegeben.  
\* Die städtisch heringebundene Halle dauert weiterhin an und hält sich verhältnismäßig tief unterm Gefrierpunkt. Den größten Tiefstand erreichte sie in der Nacht zum Mittwoch, während der sie

## Reichstagsabgeordneter Dr. Eduard David

spricht Sonntag vormittags 11 1/2 Uhr in dem dreitausend Menschen fassenden

## Walhalla-Theater

über das hochaktuelle, gerade jetzt von der ganzen Menschheit erörterte Thema

## Friedensfrage und Sozialdemokratie.

Wer darüber unterrichtet sein, wer vor allen Dingen der Stimme des Volkes Ausdruck verschaffen will gegenüber dem Treiben der Vaterlandspartei, der muß unbedingt kommen.

## Friedensfreunde heraus!

an geschickten Stellen 77 Grad, an ungeschickten sogar 9 Grad beträgt. In der darauffolgenden Nacht sank sie wenigstens wieder auf 5,9 Grad zurück, wiewohl sie auch am helllichten Tag noch nicht auf 2,5 Grad sinkt. Seitdem scheint sie weiterhin noch etwas nachlassen zu wollen, wenigstens liegt die Quecksilbersäule abermals um eine Meinstig im Maximum. Offenheitlich hält diese Bewegung auch fernerehin an, damit die Menschen nicht länger anmäßig leiden.  
\* Die Zuckerschmelze Halle schließt 1916/17 in Gewinn und Verlust mit 6 018 545 M. ab. Der Ueberfluß aus Zuckereinfuhrungen beträgt 5 899 655 M., der Vortrag aus 1915/16 118 888 M. Nach Abzug der Betriebs- und Geschäftsausgaben mit 5 221 571 M. und der Abreibungen von 160 899 M. verbleibt ein Reingewinn (einschließlich des Vortragens) von 636 073 M. Er soll wie folgt verteilt werden: Sahnungsgemäße Gewinnanteile, sowie Zuwendungen an Beamte und Arbeiter 136 732 M., 8 Prozent Dividende auf 6 Millionen M. = 480 000 M., und der Vortrag auf neue Rechnung 19 341 M. Im Vor-

jahr betrug die Dividende 18 Proc. — Ueber die Ausschüsse für das neue Geschäftsjahr heißt es im Bericht: „Den neuen Betriebsabchnitt haben wir am 22. Oktober zu einem Teil begonnen; die für ihn gültige Zuckereinfuhrordnung hat die berechtigenden Wünsche unserer Industrie nur in sehr bescheidenem Maße erfüllt. In Anbetracht dieses Umstandes und der weiterhin bei der ganzen Lage drohenden noch größeren Schwierigkeiten sind die Ausschüsse für die Zukunft zur Zeit nicht zu beurteilen.“  
\* Von der Eisenbahnfabrik des Reichs. Die Maschinenfabrik und Eisenwerkstatt E. Halbfarth in Riesa b. A. d. S. wurde mit einem Kapital von 600 000 M. in eine G. m. b. H. umgewandelt.  
\* Ueber den Saatenstand im Saalekreis wurde der Eintritt des Frostes berichtet: Die lange anhaltende frohfreie und dabei fruchtbarere Winterperiode hat im Saatenland außerordentlich günstig beeinflusst. Der weichen der anfänglichen Trockenheit unregelmäßige Regenfälle hat inwischen ausgeglichen und die jungen sprossen der spät befallenen Felder haben sich derartig kräftigt, daß die Saaten sich befriedigend entwickeln und bestod in den Winter kommen. Auch der Weizenrost hat nachgelassen und gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß.  
\* Pflanzler Lob. Der zum Vetter der Elektrizitätsversorgung der Winterbezugsstellen mit Saatenland mehrere Jahre lang, Herrmann, elektrische Glühlampen, größere Mengen besserer Zigarren, Zigaretten und viel Spirituosen. Unter den Zigarren befinden sich solche in Staniolpackung, andere mit Goldringen und solche mit dem Aufdruck „Bistri“. Unter den Spirituosen befinden sich mehrere Flaschen teurer Kognak, Marke „Hennrich“, 2 Flaschen Chartreuse, grün und gelb, Cerril und Farnesin. Wer Klagen über den Verbleib der Saaten und die Ernte machen kann, wolle sich bei der Kriminalpolizei (Drehhausstraße 4, Zimmer 36 oder 37) melden.

## Aus der Provinz.

Merseburg. Eine neue Kohlenbestandsaufnahme findet in dieser Gegend statt. Laut einer Bekanntmachung des Magistrats haben sämtliche Verbraucher dem Magistrat bis zum 15. Dezember auf vorgedrucktem Vordruck anzugeben, welchen Vorrat an Brennstoffen sie am 15. Dezember in Besitz haben oder, wenn die Vorräte fast nicht genau feststellen lassen, welche Menge sie seit 1. April 1917 vom Händler oder von der Grube unmittelbar bezogen haben. Diese Vordrucke sind vom 6. Dezember an im Rathaus, Zimmer Nr. 23, zu haben und dort wieder abzugeben.  
\* Zum Scheußlichen Mord. Wegen des Verdachts der Beteiligung an der Ermordung des Scheußlichen Polizeibeamten wurde in Auftrag ein Maurer aus Dornseleben festgenommen und der Staatsanwaltschaft in Halle vorgeführt.  
\* Weigenfels. Wurfverteilung. Von Donnerstag bis Sonnabend werden in den Fleischereien an die Inhaber der Waren Zugscheine von Nr. 401 an je 200 Gramm, an die Inhaber der roten Zugscheine von Nr. 2001 an je 100 Gramm Jungfer, Knack, Rot oder Spargelwurste abgegeben. Der Preis beträgt für das Pfund Jungfer und Knackwürst je 3,40 M., Rot- und Spargelwürst je 2,80 M.  
\* Die Brotmarkenaussgabe in den Ausgabestellen der Bürgerkassen und des Jugendvereins werden wie folgt andernweit festgesetzt: in den Hauptausgabestellen von 4 bis 1/2 Pfund nachmittags, an den Nebenstellen (Wohnungen und Donnerstags) von 4 bis 5 Pfund nachmittags.  
\* 3. Jah. Lebensmittelfeststellung. In der Woche vom 3. bis 9. Dezember gelangen zur Verteilung: auf Lebensmittelkarte 32 30 Gramm Margarine zum Preise von 12 Pf., auf Brotausfuhrkarte Abschnitt 15 1/2 Pfund Wärmelade zum Preise von 45 Pf. Der Verkauf beginnt für Margarine am Freitag und für Wärmelade am Sonnabend in den durch Aushang kenntlichen Geschäften.

## Ämliche Bekanntmachungen

### Bekanntmachung.

#### Freibank-Verkauf.

Zum Freibank Verkauf am 8. Dezember werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:  
Um 8 Uhr Nr. 3901-4000 | Um 10 Uhr Nr. 4101-4200  
" 9 " " 4001-4100 " 11 " " 4201-4300  
Halle, den 6. Dezember 1917.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Nachstehend aufgeführte Personen haben uns den Verlust ihrer Kohlenbezugscheine gemeldet:

- Anna Bulch, Schmiedestraße 14, 50 Zentner Briffetts,
- Minna Krause, Schützenstr. 19, 40 Zentner Briffetts,
- Fernmann Knaut, Herberstr. 10, 60 Zentner Briffetts,
- Max Gottschalk, Reiffstr. 122, 160 Zentner Briffetts,
- Luise Giesenhart, Lindenstr. 71, 75 Zentner Briffetts,
- Ida Goldschmidt, Lessingstr. 6, 50 Zentner Briffetts,
- Karl Breitkopf, Diestauer Str. 7, 80 Zentner Briffetts,
- Anna Wollenhauer, Annenstr. 3, 45 Zentner Briffetts,
- Fernmann Krause, Saalberg 27, 70 Zentner Briffetts,
- Hanna Brömstl, Landwehrstr. 23, 100 Zentner Briffetts.

Sämtlichen Kohlenhändlern wird hiermit unterlagt, auf die abgaben gekommenen Bezugscheine Kohlen zu

## Verband d. Bergarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Hohenmölsen.

Sonntag, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr im Galshof zur grünen Aue.

### Mitglieder-Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

### Die Ortsverwaltung.

## Wachstuchreste

verkauft billig

### J. Sternlicht

Alter Markt 11.

### Wollene Kleider- und Kostümstoffe

Mäntelstoffe - Anzugstoffe - Sammete

finden Sie noch in großer Auswahl [2968]

im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

## Stadt-Theater

Freitag, den 7. Dez. 1917.

Abend 7:30 Uhr. Ende 10:15 Uhr.

### Die verkaufte Braut

Komische Oper v. Smetana.

Sonnenabend: Lor und Zimmermann.

## Thalia-Theater

Gastspiel des Stadttheater-Parasols

Sonntag, den 9. Dez. 1917

abends 7:30 Uhr

### Der Raub der Sabinerinnen

Schauspiel, Franz v. Paul Götz.

### Die große russische Revolution.

Von H. G. Wern.

Mit Illustrationen v. Wernick.

Die Besetzung des

Durchführung, Volksstimme

Halle, G. Ulbrichtstr. 27.

Achtung! Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 1/2 12 Uhr, Einlaß 11 Uhr: Achtung!

# im Walhalla-Theater

# Oeffentliche Volks-Versammlung

Tagesordnung:

# Friedensfrage und Sozialdemokratie.

Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Eduard David-Berlin.

Alle Friedensfreunde sind hierzu freundlichst eingeladen.

Karten sind von heute an in der Geschäftsstelle der Volksstimme, Gr. Ulrichstraße 27, und Sonntag von 11 Uhr an im Walhalla-Theater zu haben.

Die Leitung der Versammlung liegt in den Händen der Einberufer.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis.